

# A-Z

Basel, Montag, 24. Dezember 1956

36. Jahrgang Nr. 302

## Arbeiter-Zeitung

Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien und Publikationsorgan der Gewerkschaftskartelle von Basel-Stadt und Baselland

Abonnementspreise: Bei der Expedition oder durch die Post zugestellt: monatlich Fr. 2.80, vierteljährlich Fr. 8.40, halbjährlich Fr. 16.80, jährlich Fr. 33.60. Einzelverkaufspreis 20 Rp. Erscheint wöchentlich sechsmal.

Insertionspreise: Die einspaltige Millimeterzelle oder deren Raum 15 Rp. Kleine Anzeigen 12.5 Rp. Textteil-Reklamen per Millimeterzelle 61 Rp. Bei größeren Aufträgen erfolgt entsprechender Rabatt.

Redaktion, Administration: St.-Johanns-Vorstadt 19, Telefon 22 30 00, Postcheck V 5584. Druck: Volksdruckerel Basel

### Weihnachten 1956

Weihnachten ist die Geschichte vom Kommen eines Lichtes aus heiterem Himmel mitten in das Dunkel der Weltgeschichte. Im Johannes-evangelium lesen wir (1,5): «Und das Licht scheint in der Finsternis.» Gemeint ist mit diesem Lichte weder das Licht der Sonne, ohne dessen Strahlen es kein Leben gäbe, noch auch einfach das Lichthafte, das im Menschen immer wieder aufleuchtet, um ihn zu erwärmen und zu verklären. Gemeint ist das einmal und ein für alle Male gekommene Licht, das mit der Geburt Jesu Christi in dem einen und einzigartigen Menschen Jesus in die Menschengeschichte als eine Gotteskraft gekommen ist, um dieser Geschichte selber eine neue Wendung und einen wahren Sinn zu geben.

Nun ist sofort zu beachten, daß von dem göttlichen Licht, das ein «Licht der Menschen» genannt wird, nicht nur gesagt ist, es scheine in der Finsternis, sondern auch «die Finsternis hat es nicht ergriffen». Wer hat es nicht ergriffen, hat es nicht anerkannt, hat es also abgelehnt? Nun, die Menschen, für die es gekommen ist, um ihre, gerade, ihre Finsternis zu erleuchten, um sie zu retten. Er — der Retter der Menschheit — kam in sein Eigentum, und die Seinen nahmen ihn nicht auf. (Joh. 1, 11).

Das ist der schwarze, dunkle Rand, durch den die so helle Weihnachtsgeschichte gleichsam eingerahmt ist. Man wird Weihnachten mit all seinem «Oh du fröhliche, oh du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit» nicht verstehen können ohne diesen so dunklen Rand.

Der Evangelist erinnert gleich am Anfang seiner Geschichte vom Kommen des Heilandes in diese Welt auch schon an das Ende, an sein bitteres Ende am Kreuze, an das ihn die «Seinen», die Menschen im Allgemeinen und seine Landsleute im besonderen, als einen Störfried geschlagen haben. Und der Evangelist Matthäus erzählt uns, wie schon die Nachricht von der Geburt des Heilandes den Tyrannen Herodes in einen derartigen Schrecken versetzt habe, daß er in Bethlehem, dem Geburtsort Christi, alle Kindlein umbringen ließ.

In eine solche Finsternis der Menschen scheint nun also «das Licht der Menschen». Und es scheint immer noch trotz Herodes und trotz dem Kreuzestode Christi. Denn es ist und bleibt das Licht des Lebens, des göttlichen Lebens aller Toten und allem Getötet-Werden zu trotz. Wir haben es heutzutage vielleicht besonders

nötig, gerade solche frohe Botschaft zu beherzigen, wenn wir etwa an das Dunkel denken, das jetzt über Ungarn ausgebreitet ist. Gerade wir Sozialisten haben es besonders nötig. Ist nicht die ganze ungarische Tragödie eine Art Abbild — gleichsam eine Illustration zu jenem dunklen, schwarzen Rande, der Weihnachtsgeschichte? Hat nicht in Ungarn die brutale Macht der Gewalt, zitternd vor dem aufflammenden Licht der Freiheit, wie Herodes sofort zugeschlagen und alle menschlichen Hoffnungen geknickt und das Volk in die Finsternis zurückgeschleudert, aus der es sich schon zum Lichte erheben wollte? Und ist es nicht so gewesen, daß in Ungarn eine Flamme plötzlich entzündet worden ist, die alle Berechnungen der «Historiker» über den Gang der Geschichte — ihre ganze materialistische Geschichtsbetrachtung Lügen strafte, eben weil ein Licht in der Finsternis ganz plötzlich aufblitzte, ein Licht in der Finsternis der sogenannten geschichtlichen «Notwendigkeiten», denen man das Ungarnvolk als Opfer hinwarf.

Man vergesse nicht, die russischen Panzer sind in Ungarn eingesetzt worden, weil die «Ordnung» bedroht war und weil die Herren im Kreml weiter gut schlafen wollten. Durch den Ruf der Ungarn nach plötzlicher Freiheit, nach den Rechten des Menschen auf sein Mensch-Sein wurde der «Fahrplan» der Geschichte, wie ihn jene Herren ausgeheckt hatten, ernsthaft bedroht. Hätte die Freiheit in Ungarn gesiegt, dann wäre die Unfreiheit, die im Namen von Marx und Lenin, und vor allem mit dem Faschismus eines Stalin, aufgerichtet worden war, im ganzen Osten ernstlich bedroht gewesen. Es wäre mit der faktischen Sklaverei von Menschen und Völkern auch die ganze pseudo-marxistische materialistische Ideologie von den «ehernen Gesetzen» der Geschichte zusammengeknickt. Das dürfte aber in keinem Falle geschehen. Darum Panzer nach Budapest!

Selbst der schlaue Tito — auch er ein Gefangener seiner kommunistischen Ideologie — bekam es mit der Angst zu tun und sprach von der zwar bedauerlichen, aber eben doch unvermeidbaren «Notwendigkeit der sowjetischen Intervention» in Ungarn. So groß also und so weit verbreitet ist die Angst der Herren der Welt, wenn einmal wirklich etwas Neues, etwas Unvorhergesehenes geschieht, wenn plötzlich sich über Nacht ein ganzes Volk erhebt, um für die

Freiheit nicht nur zu leben, sondern auch, wenn nötig, zu sterben. — «Nur» für die Freiheit! Nicht für Brot, und nicht für Produktionsziffern und auch nicht für die Erhaltung der «Ordnung» einer alle Grenzen überschreitenden bürokratischen Machtapparatur. Das war selbst einem Tito zu viel, das konnte auch er nicht mehr «fassen».

«Und die Finsternis hat es nicht erfaßt», so müssen wir auch hier sagen, wenn wir an die rätselhafte Macht der Freiheit denken, die ihre ganz geheimnisvolle Größe erst ganz offenbar machte angesichts des Dunkels des drohenden Todes. Diese Freiheit hat die ungarischen Proletarier und Studenten über sich selbst erhoben und zu einem gewaltigen Licht werden lassen, das in die Finsternis der Weltgeschichte hineinleuchtet, auch wenn es in Ungarn für den Moment ausgelöscht sein sollte.

Solches Licht macht Schluß mit den «geschichtlichen Notwendigkeiten», mit aller feinen oder brutalen Verfügungsgewalt der Menschen über Menschen im Denken wie im Handeln. Darum und nur darum gehört es in die Nähe des Weihnachtslichtes, das uns daran er-

innert, daß «der Mensch nicht vom Brot allein leben soll, sondern von jenem Wort, welches durch Gottes Mund ausgeht» (Matthäus 4,4). Dieses Wort des Lebens aber ist das wahre «Licht der Menschen», das in Jesus Christus an Weihnachten gekommen ist und über alle Finsternis dieser Welt siegt, weil es stärker ist als alle Diktatur der Mächtigen und selbst die Diktatur des Todes. So fällt von Weihnachten her ein Licht auch auf das Geschehen in Ungarn. Die dort ersetzte und so heiß erkämpfte Freiheit kann nur in dem Lichte, das in Jesus Christus erschienen ist, zu einer solchen Freiheit werden, die zu einer Hoffnung der ganzen Menschheit wird — zu einer Hoffnung auf echte menschliche Zukunft — auf wirkliche Rettung.

Weil wir um den Grund aller wahren Menschlichkeit und damit auch aller echten Freiheit wissen, der im Kommen jenes Lichtes zu den Menschen gelegt ist, verzweifeln wir auch nicht über der Tragödie in Ungarn und dürfen eine fröhliche Weihnacht feiern mit allen Ungarn zusammen und im Gedanken an die, die für die Freiheit gestorben sind. Fritz Lieb.

### Berner Sessionsbericht

Lj. — War die zweite Sessionswoche schon recht befrachtet und gehaltvoll, so wurde sie durch die dritte noch wesentlich übertroffen. Hat man dann ein oder zwei Eisen im Feuerlein und ist man so gezwungen, den langen Debatten besonders gewissenhaft zu folgen, so sieht man dem Wochen- und Sessionsende mit wachsender Erwartung entgegen, aber auch mit steigender Ermüdung. Wiederum haben neue, nicht im Programm stehende Geschäfte andere verdrängt und zu Ladenhütern degradiert: Das Sofortprogramm für Rüstungsausgaben hat den Filmartikel und die Hochrheinschiffahrt, die Zürcher Initiative für die Erhaltung der Geschworenengerichte und manches Postulat verdrängt. Sie kommen im Frühling wieder auf die Liste des Nationalrates — und vielleicht auch zur Behandlung.

Wie bereits im letzten Bericht vermerkt, ist der Hauptentscheid zum **Rundspruch- und Fernsehartikel** bereits in der zweiten Sessionswoche gefallen: Radio und Fernsehen wurden verkoppelt, es gibt vorderhand keine getrennte Stellungnahme; erst die Gesetze über beide Materien werden getrennt dem Parlament und — bei allfälligem Referendum — auch dem Volke vorgelegt. Eine wesentliche Diskussion kam trotzdem noch: die Gebühren für das Radio sollen nicht für das Fernsehen verwendet werden. Der Antrag wurde abgelehnt. So ist der Artikel nun ziemlich belastet. Sein Schicksal in der Volksabstimmung sehr ungewiß. Aber die Mehrheit hat ihn so gewollt.

Und nun kam am Dienstag die Vorlage, auf welche die Eidgenossen schon lange und mit Spannung warteten: Die **Teuerungszulagen für das Bundespersonal**. 9 Prozent waren unbestritten und die Erhöhung der Kinderzulagen von 40 auf 60 Franken pro Kind, die der Ständerat (!) schon beschlossen hatte, wurde gegen den Widerstand des Bundesrates mit großem Mehr beschlossen. Ob diese tatsächlich als Teuerungszulage betrachtet werden dürfen, das ist eine Frage, über die man geteilter Meinung sein kann. Ebenso sehr kann man aber darüber rechten, ob der Index der Lebenshaltungskosten alles enthält, was ein Element der Teuerung bildet. Man dürfte sicher mit gutem Gewissen zustimmen. — Leider hat es in der dritten (strittigen) Frage nicht zu einem Sieg gereicht: Den Pensionierten wird die Übergangszulage zur AHV von ihrer Bundesrente abgezogen. Das heißt nicht allen, zum Beispiel den Bundesräten nicht. Und da fanden die Personalvertreter sicher zu Recht, andere Angestellte seien dieser Behandlung auch würdig. Wenn schon alle Alten, ohne Ausnahme, ihre Übergangszulage erhalten, auch der Millionär, ohne daß sie etwas an diese Rente bezahlt haben, so ist auch der Bundesangestellte zur Forderung legitimiert. Dem gegenüber stellte sich Bundesrat Streuli auf den rein versicherungstechnischen Standpunkt: Die Versicherten, welche diese Leistungen nicht restlos mit eigenen Beiträgen bezahlt hätten, sollten nicht noch besser fahren. Alle sprachen von Gleichberechtigung, so daß es den nicht voll

Versicherten Mühe kostete, wirklich herauszubringen, wer hier auf Kosten anderer und der Gleichberechtigung profitiert. Aber es war leicht herauszubringen: Der Bund profitiert auf Kosten der AHV und zwar 6 Millionen. Und da überlegt man sich, ob dies der Bund als Hinterlassener, als Witwe oder als Waise so tut...

Sogleich folgte ein anderes großes Geschäft, der **Zivilschutzartikel**. Daß eine verfassungsmäßige Grundlage für die mannigfachen neuen Pflichten, die dem Bürger auferlegt werden, geschaffen werden muß, ist anerkannt. Vorerst wurde ja einfach eine Verordnung geplant, bis der Widerstand weitestere Kreise schließlich einen eindeutigen Grundsatz in der Verfassung verlangte. Zivilschutz ist eine notwendige Sache. Das zahlenmäßige Verhältnis der gefallenen Soldaten und Zivilpersonen in den beiden Weltkriegen, das Bundesrat Feldmann gab, wirkte schlagend: Die Militärpersonen nahmen von 9,2 auf 26,8 Millionen zu, die Zivilpersonen von 0,5 auf 24,8 Millionen. (Man nennt auch das noch Krieg!) Die Tatsache steht unerbittlich vor uns. So wurde aber auch die Diskussion über die **obligatorische Dienstpflicht der Frauen** zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung: Darf man sie, die nicht gleiche politische Rechte haben, verpflichten, den Dienst in den Hauswehren zu versehen? Es sei doch allgemein anerkannt, daß der Schweizer neue Lasten nur auf sich nehmen müsse, wenn er die Möglichkeit gehabt habe, sich dazu auszusprechen. Die Frauenverbände haben ihre freiwillige Mitarbeit versprochen. Da fand nun die nachmalige Mehrheit: doppelt genügt hält besser, verpflichten wir die Frauen gerade obligatorisch für ihre Freiwilligkeit. Und die Minderheit hielt darauf, ein Gleichgewicht politischer Rechte und Pflichten einzuhalten. —

Ueber einen Punkt ging die Mehrheit hinweg: Eine **Hauswehr** wird als organisatorisch verschiedene Häuser oder Straßenzüge zusammenfassen. Wird die dienstleistende Frau gegebenenfalls wirklich ihr Haus, in dessen ihre Kinder vielleicht rufen, während es brennt, wird sie ihr Haus vorerst löschen dürfen, oder wer bestimmt allenfalls anders? Der Schutz des Heimes ist vielleicht ein schönes Schlagwort für eine nicht ganz schöne Sache. Die Verletzung des Grundsatzes der Rechtsgleichheit beinhaltet eine außerordentlich zweifelhafte Sache, und sie ist nur unter dem Druck der Verhältnisse möglich. Hoffen wir, daß die Gerechtigkeit für die Frau kommt und ihr die politische Gleichberechtigung bringt. Wir wollten, sie müßte nicht diesen Preis dafür bezahlen. — Der Beschluß wiegt schon, und darum verzichten wir auf Wiedergabe der Wortspiele, wie sie sich gewollt oder ungewollt einstellen, wenn Männer über die Freiwilligkeit der Frauen sprechen — es war uns nicht ums Lachen.

In «normalen» Sessionswochen war ich für den Mittwochnachmittag off froh. Er gab so schon Gelegenheit, den Wochenbericht aufzulockern. Diesmal ist es anders! Es ist noch so viel an Eindrücken zu berichten, daß ich die Energie-

